



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
25.03.2025 WELT ONLINE: «Die Castoren werden kommen» – Bürger haben Sorgen	4
26.03.2025 Landshuter Zeitung: Bald kommt der Atommüll zurück	6
26.03.2025 Elbe-Jeetzel-Zeitung: BI: Zulassungspraxis bei Castoren intransparent	8
26.03.2025 Südhessen Morgen: Arbeitsgruppe zweifelt an schneller Realisierung	9

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

W WELT ONLINE

«Die Castoren werden kommen» – Bürger haben Sorgen

25. März 2025 12:35 | Medienart: Online | Visits/Monat: 95.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Am Standort des inzwischen vom Netz genommenen Kernkraftwerks Isar 2 befindet sich auch ein Zwischenlager. In dieses werden sieben Castor-Behälter mit Atom Müll eingelagert. (Archivbild)

Quelle: Armin Weigel/dpa

Hochradioaktiver Atomabfall kehrt aus England nach Deutschland zurück. Die sieben Castor-Behälter werden in das Zwischenlager im Landkreis Landshut gebracht. Der genaue Termin bleibt geheim.

Ein Castor-Transport wird in den kommenden Monaten in Niederbayern erwartet: Sieben Behälter mit hochradioaktiven Atomabfällen sollen aus England in das Zwischenlager in Niederaichbach (Landkreis Landhut) gebracht werden. Der Gedanke daran bereitet etlichen Menschen in der Region Unbehagen. Landrat Peter Dreier (Freie Wähler) sagte: «Wir sind natürlich nicht begeistert.»

Bei einer Fragerunde am Montagabend im benachbarten Essenbach konnten Bürger ihre Bedenken äußern. Vertreter der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung, des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), der GNS Gesellschaft für Nuklear-Service sowie des Polizeipräsidiums Niederbayern erläuterten den Transport, Maßnahmen zu dessen Absicherung sowie die Zwischenlagerung.

Die behördliche Genehmigung für den Transport läuft bis zum 31. Dezember 2025, stattfinden soll der Rücktransport voraussichtlich noch in der ersten Jahreshälfte. Der konkrete Termin und die exakte Streckenführung für den Transport werden aus Sicherheitsgründen nicht bekanntgegeben.

Insbesondere die Frage nach der Dichtigkeit der Behälter beschäftigte die Bürgerinnen und Bürger. GNS-Sprecher Michael Köbl erklärte den technischen Aufbau der Castor-Behälter mit Primär- und Sekundärdeckel und sagte: «Die Behälter haben kein Verfallsdatum und nutzen sich auch nicht ab.»

Christoph Bunzmann, Abteilungsleiter beim BASE, erläuterte, welche Faktoren bei der Genehmigung der Castor-Lagerung berücksichtigt werden, etwa die Beständigkeit bei Feuer. Es brauche aber auch das Vertrauen der Bevölkerung.

«Die Castoren werden kommen. Das können wir nicht ändern», sagte Landrat Dreier. Nun gelte es, mit der Situation verantwortungsbewusst umzugehen und diese weiter kritisch zu begleiten. «Wir sind natürlich nicht begeistert.»

Der Kommunalpolitiker hofft, dass der Transport friedlich und reibungslos ablaufen und dass dann das Zwischenlager nicht zu einem «De-Facto-Endlager» werden wird. Momentan sei das Zwischenlager bis zum Jahr 2047 genehmigt. Die Entscheidung für ein Endlager sei aber wohl erst Jahrzehnte später zu erwarten, kritisierte er.

Bei den Castor-Behältern handelt es sich um Atomabfälle, die nach der Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus deutschen Atomkraftwerken im britischen Sellafield übrig geblieben sind. Die Bundesrepublik Deutschland sowie die deutschen Kraftwerksbetreiber haben sich dazu verpflichtet, diesen Abfall zurückzunehmen.

Aus Sellafield müssen noch 14 Castor-Behälter zurückgenommen werden. Sieben gehen in diesem Jahr an den Standort Isar, sieben weitere sollen nach Brokdorf (Schleswig-Holstein) gebracht werden. Sechs Behälter wurden bereits 2020 in Biblis (Hessen) zwischengelagert.

Die Rückführung von Atommüll aus der Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague ist den Angaben nach mit dem Transport von vier letzten Castor-Behältern 2024 nach Philippsburg (Baden-Württemberg) abgeschlossen worden. Mehr als 100 Behälter waren zwischen 1995 und 2011 bereits ins Zwischenlager in Gorleben (Niedersachsen) gebracht worden.

Bald kommt der Atommüll zurück

Bürger und Landrat äußern Bedenken bei Infoabend zum anstehenden Castor-Transport

Landkreis. Die Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) transportiert bis Mitte dieses Jahres radioaktive Abfälle aus der Wiederaufarbeitung im englischen Sellafield in das Zwischenlager Isar zurück. Die Einlagerung der sieben Castor-Behälter ist seit April 2023 genehmigt, der Transport seit Dezember 2024. Bei einer Dialogveranstaltung in der Essenbacher Eskara informierten die Beteiligten am Montagabend über das Vorhaben, das laut Landrat Peter Dreier (Freie Wähler) in der Region „keine Jubelstürme“ auslöst.

Bis 2005 wurden Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken zur Wiederaufarbeitung nach Großbritannien und Frankreich transportiert. Nun müssen die Kraftwerksbetreiber die Abfälle wieder zurückführen, zur Rücknahme hat sich Deutschland auch völkerrechtlich verpflichtet. Die Transporte nach Hessen und Baden-Württemberg sind bereits durchgeführt worden – laut der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BZG) störungsfrei. Nun stehen noch die Transporte nach Schleswig-Holstein und in den Landkreis Landshut aus.

Genauer Zeitpunkt wird zur Sicherheit geheim gehalten

Wann genau der Atommüll auf die Reise ins Zwischenlager in Niederaichbach geht, wird aus Sicherheitsgründen vorab nicht bekanntgegeben, ebenso wenig wie die genaue Streckenführung. Fest steht, dass die Behälter innerhalb der nächsten Monate von Sellafield zum Hafen Barrow-in-Furness und dann mit einem Spezialschiff zu einem deutschen Seehafen gebracht werden. Von dort aus geht es auf der Schiene bis das Kraftwerks- und Zwischenlagerge-
lände Isar, wie Michael Köbl von der

GNS erklärte. Sowohl den Transport als auch die Behälter selbst bezahlen dabei die Kraftwerksbetreiber – und damit die Stromkunden, sagte Köbl auf Nachfrage eines Zuhörers.

Während des Castor-Transports ist mit Einschränkungen im Straßen- und Bahnverkehr und mit einem erhöhten Aufgebot an Polizeikräften in der Region zu rechnen, hieß es am Montag von den jeweiligen Vizepräsidenten der Bundespolizei München und des Polizeipräsidiums Niederbayern. Sogar eine Reiterstaffel aus Berlin sei im Einsatz, um den Bahnhof in Wörth zu schützen.

Die sieben Castoren vom Typ HAW28M werden im Brennelemente-Zwischenlager Isar eingelagert, wo bereits 88 Behälter verschiedener Typen stehen. 2023 hat die BGZ die Einlagerung eines leeren HAW28M-Behälters geprobt. GNS-Sprecher Köbl erklärte den technischen Aufbau der Castor-Behälter mit Primär- und Sekundärdeckel und sagte: „Die Behälter haben kein Verfallsdatum und nutzen sich auch nicht ab.“

Wie das Zwischenlager vor Flugzeugabstürzen gesichert ist, wollten Bürger am Montagabend wissen, vor allem mit Blick auf die Gebäudedecke. „Der entscheidende Faktor ist nicht das Gebäude, sondern der Behälter“, sagte BGZ-Sprecher Stefan Mirbeth. Die Castoren hätten unter anderem Feuer- und Stoßtests durchlaufen. Laut Mirbeth bleiben die Behälter außerdem in allen denkbaren Reparaturscenarien dicht verschlossen und der Abtransport zum Endlager sei auch im Reparaturfall gewährleistet.

Landrat warnt erneut vor „De-Facto-Endlager“

2047 läuft nach jetzigem Stand die Genehmigung für das Zwischenlager Isar aus. Wann der Atommüll aus dem BZL tatsächlich in ein Endlager transportiert wird, ist derzeit ebenso offen wie die Standortfrage. Landrat Peter Dreier meldete sich in der Fragerunde zu Wort: „Der ursprüngliche Zeitplan ist nicht mehr haltbar, deshalb geht es uns darum, dass dieses Zwischenlager kein De-Facto-Endlager wird.“ Dieses Anliegen teile das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), wie dessen Abteilungsleiter für Genehmigungsverfahren, Christoph Bunzmann, erklärte. Beim Blick in die Schweiz und nach Finnland, wo man mit der Endlagersuche weiter ist, zeige sich: Es braucht einen strukturierten Prozess über Jahrzehnte hinweg und Vertrauen in die Behörden. Dreier sprach hinsichtlich des Ukraine-Kriegs auch Risiken durch Angriffe an. „Das Thema Krieg macht wie ein Brennglas deutlich, warum die Zwischenlagerung zügig beendet werden muss“, sagte Bunzmann darauf. Die Konzeption Zivile Verteidigung und die Bundeswehr müssten gute Antworten entwickeln, wie man Sicherheit für diese Lager organisiert, anknüpfend an die robusten Planungen für Friedenszeit.

Mit Blick auf den anstehenden Transport der sieben Castoren aus England wünschte sich Dreier am Ende der Veranstaltung, dass dieser friedlich, ohne Zwischenfälle und Störungen abläuft. „Die Castoren werden kommen, das können wir nicht ändern“, sagte der Landrat.

Wörter:	630	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Von Matthias Sedlmeier	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	13 bis 13	Auflage:	18.615 (gedruckt) ¹
Ressort:	Landkreis Landshut		18.927 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		19.810 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,05301 (in Mio) ²

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung

¹ von PMG gewichtet 1/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

Abbildung: Bis 2005 kam deutscher Atommüll nach England und Frankreich, nun wird er zurückgenommen. Grafik: LZ/Quelle: BGZ

Abbildung: Knapp unter 100 Zuhörer saßen am Montagabend beim Bürgerdialog im Tagungsraum der Eskara-Halle. Foto: Matthias Sedlmeier

Abbildung: Bei einem Probelauf 2023 wurde die Einlagerung getestet. Foto: BGZ

Fotograf/-in: Christopher Mick

BI: Zulassungspraxis bei Castoren intransparent

Atomkraftgegner beklagen fehlende Informationen – zwölf Behälter in Gorleben betroffen

Gorleben. Die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg wirft Behörden und beteiligten Unternehmen erneut Intransparenz beim Umgang mit Atommüll vor. Dieses Mal im Zusammenhang mit den verkehrsrechtlichen Zulassungen der Castorbehälter. Bei zwölf von ihnen des Typs TN 85 der französischen Firma Orano NPS mit verglasten hoch radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague lief diese im März aus – der Behältertyp hat in der Übersichtsliste der Aufsichtsbehörde, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), nun eine verlängerte Zulassung bis März 2034.

Das Bemühen der BI, das Zulassungsverfahren transparent zu gestalten und Einsicht in die Zulassungspapiere zu erhalten, sei damit ins Leere gelaufen, beklagen die Atomkraftgegner. „Ora-

no NPS mit Sitz in Hanau hat unsere Anfragen schlichtweg ignoriert, und das BASE hat bisher offengelassen, ob die Zulassungsunterlagen, das heißt die Prüfberichte des Bundesamtes für Materialprüfung und die BASE-Zulassungsscheine, für die interessierte Öffentlichkeit einsehbar sein werden“, heißt es weiter.

„Unsere weitergehende Forderung, dass mit Blick auf die erwartbare lange Lagerzeit von weiteren 80 bis 100 Jahren umfassendere Prüfungen, also auch Echttests zur mechanischen und thermischen Belastung, stattfinden müssten, wurde offensichtlich in den Wind geschlagen“, kritisiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Die Transportfähigkeit der Behälter am Ende einer übermäßig langen Lagerzeit – sie sollten nur noch einmal, nämlich zum prospektiven End-

lagerstandort bewegt werden – setze neue Maßstäbe für die verkehrsrechtliche Zulassung, so Ehmke.

Insgesamt lagern 113 Castoren mit hoch radioaktivem Atommüll im Zwischenlager Gorleben. Wie lange die verkehrsrechtlichen Zulassungen laufen, hatte die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) im vergangenen Jahr dem Ausschuss Atomanlagen des Kreistages Lüchow-Dannenberg mitgeteilt. Neben den zwölf erwähnten Behältern laufen die übrigen Zulassungen noch bis Juli (ein Behälter), November 2027 (vier), Februar 2028 (21), Dezember 2034 (15) und Oktober 2039 (60). Die Genehmigungen würden permanent neu beantragt, hieß es damals von der BGZ.

ejz

Wörter: 300
Autor/-in: ejz
Seite: 3 bis 3
Rubrik: LOKALES
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Nummer: Ausgabe 072, 2025
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage: 9.291 (gedruckt)¹
9.940 (verkauft)¹
10.182 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,0142 (in Mio)²

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Arbeitsgruppe zweifelt an schneller Realisierung

Kernkraft: Bergsträßer Arbeitsgruppe „Sicheres Zwischenlager Biblis“ nimmt Stellung zu den Plänen, einen Versuchsreaktor für Kernfusion in Biblis einzurichten

Die Bergsträßer Arbeitsgruppe „Sicheres Zwischenlager Biblis“ um ihren Sprecher Rainer Scheffler sieht die Ideen zur Errichtung eines Versuchsreaktors für Kernfusion in unmittelbarer Nachbarschaft zum Standort-Zwischenlager Biblis laut einer Pressemitteilung „eher gelassen“. Für die AG wird die Frage, ob bald wieder „Kernenergie aus Biblis“ kommt, für „Jahrzehnte zu früh gestellt“.

Rainer Scheffler schreibt dazu: „Richtig ist, dass radioaktiver Abfall bei der Kernfusion nur in geringer Menge entsteht und eine nukleare Kettenreaktion wie in AKWs ausgeschlossen werden kann. Allerdings ist das für den Fusionsprozess erforderliche Tritium der radioaktive Teil des Wasserstoffs. Die winzigen Isotope können jedes Metall mit Leichtigkeit durchdringen. Nach unserem Kenntnisstand gibt es für das Vakuumgefäß, in dem die Fusion stattfindet, bislang kein Material, das die extremen Belastungen – hohe Temperaturen, massiver Beschuss durch energiereiche Neutronen auf Dauer standhält“. Insofern sei eine kommerzielle Nutzung der Kernfusion nicht in Sicht.

Suche nach Endlager das eigentliche Problem

Aktueller ist für die AG die Endlager-Frage. Die „enormen Zeitspanne“ bis zur geplanten Festlegung eines Endlager-Standorts im Jahr 2074 sei ein zentrales Problem. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hatte diesen Zeitpunkt im Sommer 2024 bestimmt.

In der aktuellen Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft heißt es: „Klar ist, Wissenschaft braucht Zeit. Das Endlager für hochradioaktiven wärmeentwickelnden Atommüll soll Sicherheit für eine Million Jahre bieten. Natürlich werden die Zwischenlager, so auch Biblis, nicht schon 2074 geräumt. Neben den Genehmigungsverfahren und den zu erwartenden Protesten vor Ort muss der Endlagerstandort für die Aufnahme des Atommülls eingerichtet werden. Der Atomabfall soll – so der Plan – in Endlagerbehälter umgeladen werden und 500 Jahre lang bergbar sein. Auch der Transport aus den Zwischenlagern wird Jahre dauern.“

Für gravierende anlageninterne Störfälle sieht die Arbeitsgruppe bei Beachtung aller Regeln und Vorschriften zur verlängerten Zwischenlagerung kaum Anlass. Sie bezieht sich dabei auf Ausführungen des Diplom-Physikers und Reaktorsicherheits-Exper-

ten Rainer Moormann (Aachen), mit dem auch die leitenden Wissenschaftler eines seit 2023 laufenden BGZ-Forschungsprogramms in wissenschaftlichem Austausch seien. Moormann hat sich laut Pressemitteilung intensiv mit bereits vorliegenden Erkenntnissen und Forschungsergebnissen zur verlängerten Zwischenlagerung insbesondere in den USA befasst.

„Seinen Erkenntnissen zufolge“, fasst Rainer Scheffler zusammen, „ist eine erneute nukleare Kettenreaktion in Zwischenlagern für etwa 100 Jahre de facto auszuschließen. Für die Zwischenlagerung ist das günstig, aber nicht für die Endlagerung. Deshalb wird auf diesem Gebiet weiter intensiv geforscht.“

Auch im Hinblick auf eine neue Betriebserlaubnis für das Zwischenlager Biblis ab Mai 2046 ist für die Arbeitsgruppe die Forderung nach besserem Schutz vor Störfällen durch Einwirkungen Dritter „von höchster Dringlichkeit“. Die AG: „Das wird Geld kosten. Wir sind allerdings skeptisch, ob die Politik über den langen Zeitraum bis zum Endlager die sichere Finanzierung der Zwischenlager und ihres Schutzes durchhält.“ red

Wörter:	467	Jahrgang:	2025
Seite:	11 bis 11	Ausgabe:	Hauptausgabe
Ressort:	Kreis Bergstrasse	Auflage:	4.649 (gedruckt) ¹
Rubrik:	Südhessen Morgen		5.484 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		5.565 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		Reichweite: 0,02001 (in Mio) ²
Medientyp:	PRINT		

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Abbildung: Die RWE-Rückbauanlage am ehemaligen Kernkraftwerk Biblis. Hier wurden kürzlich die Pläne für das Kernfusion-Projekt vorgestellt.,Bild: Nix

Abbildung: Die RWE-Rückbauanlage am ehemaligen Kernkraftwerk Biblis. Hier wurden kürzlich die Pläne für das Kernfusion-Projekt vorgestellt.,Bild: Nix